

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297

Der Skandal von Hannover.

Einstellung des Verfahrens gegen die Radaustudenten.

Hannover, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir schon aus sicherer Quelle erfahren, hat der Staatsanwalt in Sachen der studentischen Hege gegen Lessing das Verfahren eingestellt. Folgende Gründe sollen hierbei ausgesprochen haben:

Professor Lessing hat es abgelehnt, Strafantrag wegen Beleidigung oder Mißhandlung zu stellen, so daß ein Verfahren dieser Art wegen aus gesetzlichen Gründen nicht eingeleitet werden kann. Ebenso wenig ist ein Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs erfolgt. Ferner hat sich der Staatsanwalt mit der Frage befaßt, ob das Vorgehen der Studenten sich als eine einfache Demonstration oder als ein Nötigungsversuch darstellt. Bei Prüfung dieser Frage hat die Staatsanwaltschaft der Tatsache eine wesentliche Bedeutung beigemessen, daß vom Vorstand der Studentenschaft beschlossen war, gegen Professor Lessing mit legalen Mitteln zu kämpfen und Gewalttätigkeiten zu vermeiden und daß ferner vom Vorstand der Studentenschaft keine Gewalttätigkeiten gefordert oder unterstützt worden sind. Die Gesamtheit der Studenten könne daher für etwa vorgekommene Gewalttätigkeiten nicht verantwortlich gemacht werden. Die Schuld hierfür treffe vielmehr nur einzelne Studenten, die in den in Betracht kommenden Fällen mit Gewalt verfuhr haben, Professor

Lessing an der Vorlesung zu verhindern. Diese einzelnen Studenten sind aber aus dem Bericht des Rektors der Technischen Hochschule nicht bekannt geworden. Auch den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ist es nicht gelungen, die Namen dieser Studenten zu erfahren. Aus all diesen Gründen ist die Staatsanwaltschaft zu einer Einstellung des Verfahrens gekommen.

Auf der Bonner Studententagung hat sich der Student Paehmann laut der Inszenierung der studentischen Revolte gerühmt. Ihm geschieht — nichts. Weder von der Staatsanwaltschaft, noch vom Ministerium für Schule und Wissenschaft.

Die Staatsanwaltschaft behandelt die strafbaren Handlungen außerordentlich milde — es waren ja nationalistische Studenten. Unter solchen Umständen ist es nur begreiflich, wenn das Radaustudententum in solcher Haltung der Behörden eine Ermutigung zu neuen Taten erblickt.

Im übrigen gehört es zu dem Ehrenkodex der Radaustudenten von Hannover, daß sich die Fiegel, die gegen Lessing mit Gewalt vorgegangen sind, vor der Verantwortung feige brüden.

Rheinlandkundgebung unterm Hakenkreuz.

Maßnahmen der preussischen Regierung.

Die Tagung der Saarvereine in Verbindung mit dem Deutschen Tag in Köln ist in Formen erfolgt, die geeignet sind, der deutschen Sache in den Grenzmarken großen Schaden zuzufügen.

Der Festzug am Sonntag war eine schwarzweißrote Hakenkreuzdemonstration von den Saarvereinen, Kriegervereinen, Studenten, Stahlhelm, Bormolf und Nationalsozialisten unter schwarzweißroten und Hakenkreuzfahnen.

Bei der Verlesung der zur Tagung der Saarvereine eingelassenen Glückwunschdepechen der Regierungen unter Schlag der Verwaltungsdirektor Vogel gestifteten das Glückwunschtelegramm des preussischen Innenministers Georing.

Arbeiter sah man bei dieser Feier nicht. Der schaffende Mensch des Saar- und Rheingebietes scheint es gehnt zu haben, daß die als nationale Kundgebung beabsichtigte Tagung sich zu einer nationalistischen Demonstration entwickeln würde. Aus diesen Gründen blieb er daheim, aus diesen Gründen schwieg er. Die Kölner Arbeiter in ihrer christlichen Schichtung blieben noch rechtzeitig fern. Schwarzweißrot war an diesen Tagen unter sich. Das ist auch wohl die Absicht gewesen. Der Festzug hat es eindeutig genug erwiesen, und ein Festausbruch, der es gestatten konnte, daß Hakenkreuzler und Stahlhelmer während des Zuges Pamphlete verlaufen, die die aufreizende Ueberschrift „Der Ungeist von Weimar“ trugen, hat ganz genau gewußt, was sie tat.

Durch diese Kundgebung hat der Bund der Sozialdemokratischen Abgeordneten wirkt, eine tiefe Kluft zwischen sich und den Republikanern am Rhein aufgerissen. Wenn der Saarverein glaubt, mit der Unterstützung der Hakenkreuzler auszukommen, mag er es einmal versuchen.

Das preussische Ministerium des Innern hat eine Untersuchung über die Vorgänge bei der Kundgebung des Bundes der Saarvereine in Köln eingeleitet. Einen direkten Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in Köln hatte das Ministerium natürlich nicht. Die Untersuchung hat deshalb in erster Linie den Zweck, dem Ministerium Gewißheit darüber zu verschaffen, ob es eine Organisation unterstützt, die es nicht verdient, und ob es infolgedessen nicht angebracht erscheint, das bisherige Verhältnis zu lösen.

Frankreich und der Eisenpakt.

Die Ratifizierung durch die französische Industrie sicher.

Paris, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Blätter veröffentlichen am Dienstag früh ein anscheinend halbamtliches Kommuniqué, in dem sie zu den Meldungen Stellung nehmen, wonach die Verhandlungen zur Bildung eines Eisenkartells abgebrochen seien. Es handelt sich, wie ausgeführt wird, nur um eine Suspendierung der Verhandlungen bis zum 17. September. Die Suspendierung sei auf verschiedene Gründe zurückzuführen. In erster Linie sei es angeht die wenig starken Konzentration der französischen Eisenindustrie nicht möglich gewesen, rasch genug das Einvernehmen aller französischen Interessenten zu erreichen. Außerdem sei bereits darauf hingewiesen worden, daß das Abkommen nach dem Zustandekommen noch zur Billigung der Regierungen der interessierten Länder vorgelegt werden müsse.

Das Abkommen sei am 13. August im Prinzip abgeschlossen worden, sein Entwurf wurde aber nur von Deutschland und Luxemburg ratifiziert. Die französische Ratifizierung sei aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit zu erwarten. Sie sei jedenfalls sicher. Es müsse immerhin zugegeben werden, daß tatsächlich zwischen den belgischen Industrielassen und den anderen Delegierten Schwierigkeiten ausgebrochen seien. Jedenfalls hätten sich die Belgier geweigert, irgendwelche Verpflichtungen bezüglich der Ratifizierung zu übernehmen. Die Mehrzahl der belgischen

Delegierten sei der Ansicht, daß die Luxemburg zugestandene Quote viel zu groß sei im Verhältnis zu derjenigen, die Belgien zugestanden worden sei. Die Verhandlungen seien deshalb bis zum 17. September suspendiert worden. An diesem Tage würden die Verhandlungen wieder aufgenommen und wahrscheinlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Die Presse ist im übrigen sehr optimistisch und das „Deuore“ schreibt u. a., daß man nicht vergessen dürfe, daß die jetzigen Verhandlungen nur eine Episode seien. Selbst wenn sie unterbrochen würden, so müßten sie doch wieder aufgenommen werden, denn die wirtschaftlichen Zeitumstände würden jeden Augenblick den Interessenten die Notwendigkeit vor Augen führen, ein Abkommen zu suchen.

Die Wirkung auf die Börse.

Die Belegung im Eisenhandelsgehalt sowie der Fortgang der Eisenpaktverhandlungen in Paris regten die heutige Börse sehr an, zumal der Geldmarkt außerordentlich leicht blieb. Im Vordergrund standen Rheinische Braunkohlen und Oberkoks, über die Fusionsgerüchte mit dem Farbentrust verbreitet waren. Auch Elektroaktien sind nach wie vor belebt im Zusammenhang mit den Vertrauungskombinationen. Am Devisenmarkt ist die Situation wenig verändert. Das Geschäft war in der ersten Börsensunde ziemlich lebhaft.

Der Putschversuch gegen Calles.

Zwei Exgeneräle und 150 Mann verhaftet.

London, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus New York wird gemeldet, daß die Behörden in San Diego in Kalifornien zwei mexikanische Generäle festgenommen haben, als sie mit 150 bewaffneten Leuten, einem Panzerauto und mehreren Autos voll Waffen und Munition die mexikanische Grenze überschreiten wollten. Von diesen zwei Generälen war der eine ehemals Kriegsminister; beide galten als Hauptstützen Hueros. Sie sollen geplant haben, die Grenzorte zu nehmen und eine Revolution gegen den jetzigen Präsidenten Calles zu entfesseln. Den Behörden der Vereinigten Staaten war diese Absicht schon längst bekannt; sie griffen jetzt zu, weil die Ausführung der Umsturzabsichten unmittelbar bevorstand. Die Generäle werden sich wegen beabsichtigten Aufbruchs und Verletzung der amerikanischen Neutralitätsgesetze zu verantworten haben.

Die Reibereien von Germersheim.

England wünscht Erledigung im Völkerbund mit Deutschland.

London, 17. August. (B.Z.) Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge, wird in London die französisch-deutsche Auseinandersetzung wegen der Vorfälle in Germersheim mißbilligt, da eine Fortsetzung dieser Auseinandersetzung gefährlich für die guten Aussichten des Völkerbundes und für Locarno sein könnte. Die Ansicht sei, daß alle noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den verschiedenen Alliierten erzwungen werden müßten nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, und nicht vorher. Der Berichterstatter bemerkt, der abgelehnte deutsche Vorschlag in Paris habe vorgelesen, daß die Zwischenfälle in Germersheim von einer Kommission untersucht werden sollten, die sich aus einem deutschen und einem französischen Delegierten sowie einem Engländer als Vorsitzenden zusammensetze.

Rücktritt Kelloggs? Nach Meldungen aus Washington beabsichtigt Außenstaatssekretär Kellogg aus unpolitischen Gründen noch vor der kommenden Kongressession zurückzutreten. Als Nachfolger wird Houghton genannt, der frühere Botschafter in Berlin.

„Agenten der Bourgeoisie.“

Die kommunistische Partei spaltet sich.

Die Fabel ist japanisch; Doch auch in Deutschland, liebes Kind, Gibt es Libellen, und sie sind Gar sehr perfide und satanisch.

(Die „Rote Fahne“ über Ruth Fischer.)

Wieder ist die „Rote Fahne“ heute mit spaltenlangen Schimpfereien angefüllt. Nach Korsch und Schwarz, von Swan Kah gar nicht zu reden, werden jetzt Ruth Fischer und Maslow als „Agenten der Bourgeoisie“ gebrandmarkt. Sie „organisieren gemeinsam mit dem Parteiverräter Korsch die Spaltung der kommunistischen Partei Deutschlands“. Die „Rote Fahne“ bringt zum Beweis dieser Enthüllung, die längst keine Enthüllung mehr, sondern nur die logische Konsequenz der Spaltplzinspektion der KPD, ist, ein langes Dokument aus den internen Auseinandersetzungen. Es handelt sich um ein Rundschreiben der Korsch-„Gruppe“ an ihre engeren Anhänger. In diesem Schreiben wird über die Verhandlungen mit der „Gruppe“ Ruth Fischer-Maslow zur Herstellung einer gemeinsamen Plattform berichtet. Sehr massiv und deutlich erklärt deshalb die „Rote Fahne“:

Es ist das eingetroffen, was von der Parteimehrheit seit Monaten den Anhängern der Opposition ins Gedächtnis geprägt wurde: Der Weg Ruth Fischer-Maslow geht zum Renegaten Korsch. Wer kann dies bestreiten? Jetzt ist es auch klar, warum Maslow sich mehrmals weigerte, den Beschlüssen der Internationalen Kontrollkommission nachzukommen. Er zieht es vor, unter dem wohlwollenden Schutze des Oberreichsanwalts Werner die Partei zu spalten. Jetzt lichtet sich auch allmählich das Dunkel der Aufenthaltserlaubnis Maslows in Deutschland. Wir werden morgen auf den ganzen Fragenkomplex ausführlich eingehen und noch andere Beweise für die organisatorischen Vorbereitungen zur Parteispaltung durch Maslow und Fischer erbringen.

Klar und einfach liegen für die „Rote Fahne“ die Dinge Gut und Böse zu unterscheiden ist für das kommunistische Zentralorgan die leichteste Sache der Welt. Da ist Sowjetrußland! Weil Stalin es mit eiserner Faust regiert regiert dort auch das Proletariat. Wer diesen Glaubenssatz anerkennt, wer gläubig seine Knie beugt und bekennet: credo, quia absurdum — ich glaube, wenn es auch Blödsinn ist —, der gehört zur Schar der Guten, und bei der großen Scheidung in Böse und Schafe wird er ohne Bedenken dem Stall der Schafe zugewiesen. Wer aber wagt, daran zu zweifeln, daß Stalins Diktator schon mit der Diktatur des Proletariats identisch ist, wer lecherischerweise in dem Anführer der russischen Sowjet-Spähing kapitalistische Züge zu entdecken sich vermißt, der wird aus der Schar der Gerechten ausgestoßen. Er gehört nach Sibirien oder nach Lappland! Er ist ein „Agent der Bourgeoisie“. Zu diesen Agenten gehören also jetzt auch Ruth Fischer und Maslow. Früher hieß es: Ohne Maslowismus keine Weltrevolution; jetzt ist der Maslowismus der neueste gemeinste und schlaueste Trick der Bourgeoisie zur Bekämpfung der proletarischen Diktatur in Sowjetrußland. Kurz und bündig stellt die „Rote Fahne“ zu dem Zusammengehen zwischen Ruth Fischer-Maslow und Korsch fest:

„Die politische Bedeutung der gemeinsamen Erklärung ist klar und eindeutig: Ruth Fischer und Maslow haben sich den politischen Kommando Korsschs unterstellt. Der aus der Partei ausgeschlossene Renegat organisiert, mit beiden Füßen fest auf dem Boden der Bourgeoisie stehend, die Parteispaltung. Ruth Fischer und Maslow sind keine Agenten innerhalb der Partei. Dieser Tatbestand ist so klar wie die Sonne. — Die oppositionellen Kräfte werden jetzt begreifen, warum das Zentralkomitee ihnen immer und immer erklärte, daß jede Gruppe, die es ablehnte, einen klaren Trennungstich zwischen sich und dem Parteiverräter Korsch zu ziehen, über kurz oder lang bei Korsch landen müßte. Wir fordern alle Parteigenossen auf, die Unterschrift unter das von Korsch, Maslow, Ruth Fischer verbreitete Dokument der Vorbereitung der Parteispaltung abzulehnen. Es ist jetzt besonders Aufgabe der oppositionellen Genossen, zu beweisen, daß ihnen die Einheit der Partei über alles geht für alle wirklichen Kommunisten kann es jetzt nur eine Lösung geben: Troß aller Gegenjähre — eiserne Front gegen die Spalter!“

Das beweisführende Dokument für die Spaltungsabsicht der Ruth Fischer-Maslow-Gruppe enthält nichts irgendwie Neues. Es zeigt nur zum laubstößigen Male, daß die Opposition in der deutschen kommunistischen Partei nichts weiter ist als die Widerspiegelung der russischen Vorgänge. Man diskutiert vielmehr die Frage der russischen Innenpolitik als deutsche Verhältnisse. In diesem Rundschreiben der Korsch-Gruppe wird der Nachweis geführt, daß auf Grund von Verhandlungen mit Ruth Fischer-Maslow der Wortlaut eines innerhalb der KPD, zirkulierenden und zur Unterschriftensammlung bestimmter Parteidokuments in dem Sinne beeinflusst worden ist, daß Verschärfungen gegen den offiziellen Kurs der Stalinischen KPD-Rechtlichkeit aufgenommen wurden. Alle diese Unterschriften-sammlungen dienen im Augenblick innerhalb der kommunistischen Bewegung von beiden Seiten nur dem Zweck, möglichst viel Anhänger auf die eine oder andere Seite zu ziehen. Nach bewährtem Zweck möchte die KPD-Zentrale die verräterischen Führer Ruth Fischer und Maslow loswerden und die Massen behalten. Ruth Fischer-Maslow auf der anderen Seite versuchen Massen und Organisationen der KPD, für sich zu gewinnen, sie wollen offenbar so lange als möglich in der Parteiorganisation bleiben.

well sie fürchten, bei einem zu frühen Ausschluß den organischen Boden unter den Füßen zu verlieren.

An persönlichen Beschimpfungen fehlt es aber selbstverständlich nicht. Das schöne Verschen, das Ruth Fischer gewidmet wird, ist dabei noch das harmloseste. Die „große Führerin des revolutionären Proletariats“ ist nach Meinung der „Roten Fahne“ überhaupt „nicht mehr ernst zu nehmen“:

„Ruth Fischer hat ihre eigene Geographie, nach der Kissingen in Berlin und in Wien liegt; sie hat ihre eigene medizinische Wissenschaft, deren Praxis besonders prachtvoll in den Fraktionsversammlungen blüht; sie hat ihren eigenen Nachrichtenendienst, wonach in der Sowjetunion der zehnstündige Arbeitstag eingeführt ist; sie hat ihre eigene „Politik“, die behauptet, daß im proletarischen Staate sich die „Reaktion“ befestigt, usw. Nun ja, die Gen. Fischer ist nicht ernst zu nehmen. Sie ist eine politische Libelle.“

Ruth Fischer gehört nach der „Roten Fahne“ zu dem Klub der Intellektuellen und Literaten, zu dem man in den Kreisen Stalins auch andere Größen wie Sinowjew, Kamenev und Trotzki rechnet. „Mögen die Kritiker schwagen — die russische Partei wird arbeiten.“ Der schlimmste Vorwurf, der die Opposition trifft, ist immer der Hinweis auf ihre angebliche Uebereinstimmung mit sozialdemokratischen Argumenten. Leider irrt sich die „Rote Fahne“ nur auch in diesem Punkte. Es ist selbstverständlich richtig, daß der Wandlungsprozess der kommunistischen Partei eine Bestätigung der sozialdemokratischen Politik bedeutet. Ohne daß sie es wollen, sind die oppositionellen Stimmen mehr als einmal Zeugen für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Einwendungen gegen die offizielle sowjetrussische Staatsideologie. Dem Kampf der Opposition kommt infolgedessen eine nicht zu unterschätzende geschichtliche Rolle zu. Im übrigen aber haben die Männer um Stalin vielleicht nicht unrecht, wenn sie von „Schwägern“ reden. Niemand konnte ohne Bewegung die erschütternd tragische Abschiedsrede Derzhinskis lesen. Hier sprach der Mann der praktischen Arbeit, der Hingabe an das Werk und an die Leistung. Vielleicht hat er schon recht, wenn er gewissen Leuten vorhält, daß sie nur kritisieren können und weiter nichts. Ihn und seinesgleichen hat das Schicksal dazu bestimmt, die Revolution zu liquidieren. Sie müssen diesen Weg von der Demagogie zur Arbeit gehen, ob sie wollen oder nicht. Es ist ihr tragisches Geschick, daß sie dabei den härtesten Kampf gegen ihre früheren Weggenossen, gegen den Schatten ihrer Vergangenheit führen müssen. Es ist ihr tragisches Geschick, daß sie in dem eigensinnigen Festhalten an einer unmöglich gewordenen Diktatur ihrem eigenen Werke, dem Wiederaufbau Rußlands das schwerste Hindernis bereiten.

Die „Rote Fahne“ irrt sich sehr, wenn sie Parallelen zwischen der sozialdemokratischen Auffassung und den „Thesen“ der naiv kommunistisch-syndikalistischen Opposition zieht. Sie irrt sich auch, wenn sie glaubt, daß Sozialdemokraten sich über die Vorgänge in der KPD freuen. Es ist ein proletarisches Trauerspiel, was sich in den Reihen der kommunistischen Arbeiterbewegung abspielt. Im Gruppen- und Gruppentampf, in niedrigen persönlichen Beschimpfungen endet die kommunistische Demagogie.

Die Stahlhelm-Standarte.

Das Mörder-Panier.

Wir haben vor einigen Tagen den hochverräterischen Ergruß des „Stahlhelm“, offiziellen Bundesorgans des nationalsozialistischen „Frontsoldatenbundes“, aus Anlaß der Verfassungsfeier zitiert und eine Erklärung von der Reichsregierung gefordert, ob sie den Oberreichsanwalt an seine Pflicht erinnern wollte, die Republik auch gegen Nationalisten zu schützen, wie er das gegen Kommunisten aus Tradition ohnehin besorgte.

Die Reichsregierung hat eine solche Erklärung bisher nicht abgegeben. Dafür wird in einigen Blättern heute mitgeteilt,

daß sich der Oberreichsanwalt mit jener Veröffentlichung „beschäftigt“. Das ist ja immerhin schon etwas. Und wenn die Entschlußfreudigkeit so weiter sich betätigt, dann kann bis zum nächsten Verfassungstag vielleicht schon eine halbe Entscheidung gefällt worden sein.

Damit der Verfassungsartikel des „Stahlhelm“ nicht etwa als eine einmalige Entgleisung angesehen werde, läßt die „Stahlhelmer“ immer offener die Maske. In der „Standarte“, einer Wochenzeitschrift, die von Stahlhelmjüngern unter Protektion der Stahlhelmführung herausgegeben wird, findet sich jetzt eine offene Solidaritätserklärung mit den nationalsozialistischen Mauthelmördern. So heißt es wörtlich:

„Wir haben heute ein Bekenntnis abzulegen, das jahrelang verschwiegen oder nur vereinzelt gesagt wurde. Wir haben die Gemeinschaft der nationalsozialistischen Märtyrer zu bekennen. Schlageter, einjam am Pfahl zerschossen, Dreyer in Maritz de Re zu Tode gequält, die Reihe der vorersten Nationalsozialisten an der Feldherrnhalle ermordet, Kern und Fischer im Turm von Saaleck gestellt und erlegt wie edles Wild, Tilleßen und Schulz in die Welt vertrieben, die vielen Verfolgten der Republik, die ihre jungen Jahre hinter Mauern verbrachten mit Hunger und Unruhe, sie alle, die Mutigsten, die Dämonischen unserer Front, die Vortrupps unserer Revolutionen, wären umsonst gefallen, umsonst verfolgt, ins Nichts gewandert, wenn wir nicht zu ihren Taten ständen.“

Wir bekennen die Gemeinschaft der nationalsozialistischen Märtyrer. Das heißt, wir nennen in einem Atem Schlageter und Kern, Tilleßen und Dreyer, Ruhrlämpfer und Attentäter, denn sie sind Männer aus einem Fanatismus. Wir kannten sie besser als das Volk, das über sie herfiel, weil es Schrecken nicht mehr erträgt. Wir kannten sie als die Besten, die der Krieg entließ, als die ewigen Soldaten, die prächtigen Kerle, die den Roden nicht bogern, die sich nicht schlafen wollten. Verbissen und voll Lebermut, arm und anspruchslos, ohne Ruhe, ohne Heimot, immer in einem Dienst, der Gefahren brachte, versprengte Herren in einer herrenlosen Zeit.

Ihre Taten sind uns mehr wert als das, was die Rechte in acht parlamentarischen Jahren fertig brachte.“

Kern und Fischer sind die Mörder Rathenaus, Schulz und Tilleßen die Mauthelmörder Erzbergers! Die werden jetzt von der „Stahlhelm“-Standarte als nationalsozialistische Märtyrer gefeiert. Die Gemeinschaft mit den Mördern wird jetzt offen bekannt, während sie bisher verleugnet und „nur einzeln gefagt“ worden war!

Die „Stahlhelm“-Standarte wird zum Mauthelmörderbanner! Die Offenherzigkeit ist wertvoller als das heuchlerische Tun der andern, die nicht wagten, die Mörder als Fleisch von ihrem Fleische anzuerkennen.

Wertvoller auch deswegen, weil der „Stahlhelm“ neuerdings in Gemeinschaft mit dem wegen Reineids verfolgten aber amnestierten Hochverräter Ehrhardt Politik zu machen sucht, indem er zunächst in Sachsen den „schwarzweiß-rotten Blut“ zu schmieden trachtet. Diese Betätigung gibt der „Germania“ Anlaß, der Volkspartei als Koalitionsgenossin ins Gewissen zu reden:

Sollten Parteien, die bisher mit den übrigen bürgerlichen Mittelparteien zusammengearbeitet haben, den Lockungen des Stahlhelms unterliegen, so wäre das Zentrum gezwungen, mit allen verfassungstreuen Parteien einen Abwehrblock herzustellen. In einer solchen Situation gewänne die Aktion Wirth selbstredend eine ganz andere Bedeutung.“

Die sogenannte Politik der sogenannten Mittelparteien hat den Stahlhelmen allerdings erst den Kamm schwellen lassen. Der Flaggenerlaß, der die Reichsfahne degradierte zugunsten einer Hilfsflagge in den kaiserlichen Farben, ist dieser mittelmächtigen Politik geschuldet. Die Verschwörer, die „Zeitfreiwilligen“, die Gesinnungsgenossen der Mauthelmörder glauben, daß sie bei dieser Politik der Mittelparteien endlich ihre wahre Standarte zeigen dürfen. Aber der Oberreichsanwalt „beschäftigt“ sich . . .

Die Hugenberg-Verbände.

Ein Bekenntnis der Vaterländischen Verbände.

Der „Jungdeutsche“ hatte vor kurzem auf die Finanzierung der sogenannten Vaterländischen Verbände durch Hugenberg hingewiesen. Daraufhin veröffentlicht das Präsidium der Vaterländischen Verbände, gezeichnet Graf von der Goltz, eine Erklärung, in der es heißt:

„Die genannte Zeitschrift interessiert sich auch für die Finanzierung der mit sehr geringen Mitteln arbeitenden VVD. Man möge beruhigt sein. Vielleicht sind wenige Geschäftstellen politisch und finanziell so unabhängig wie wir. Der Verdacht, daß irgendeine großkapitalistische Interessengruppe die Geschäftsstelle zu politischen Zwecken erhält, ist eine elende und unwahre Verleumdung. Es ist tief beschämend, daß gegen ehrenamtlich sich aufopfernde Vaterländische Führer solche Verdächtigungen gedacht und offen erhoben werden können von einer Ordensstellung, die sich stets mit ihrem Idealismus brüestet. Diese Herren können es offenbar nicht begreifen, daß man aus sachlichen Gründen, z. B. in Herrn Hugenberg, einen der ganz wenig starken, zuverlässigen und überraschenden Politiker unserer schwächlichen und beschämlichen Zeit zu sehen vermag.“

Die „sich aufopfernden“ Vaterländischen Führer interessieren sich also nur „sachlich“ für Herrn Hugenberg. Sie wissen auch nichts von den Schnorreretten ihrer Verbände bei der Schwerindustrie. Immerhin bekennen sie sich zu Hugenberg, und das genügt.

Friedliebende Wandervogel.

Sie regen einen Weltfriedensbund der Jugend an.

Paris, 17. August. (W.B.) Der demokratische Friedenskongreß, zu dem gegenwärtig 2000 Teilnehmer anwesend sind, und der heute abend offiziell eröffnet werden wird, hat in den letzten Tagen in verschiedenen Gruppen- und Kommissionssitzungen sich mit den Mitteln beschäftigt, durch die die Propaganda für die Entwicklung des Friedensgedankens in der Welt verstärkt werden könne. Verschiedene Redner aus Deutschland, England, Frankreich und anderen Staaten ergriffen das Wort. In den Berichten wird besonders hervorgehoben, daß die deutschen Wandervogel angeregt haben, auf einem nächsten Jahr in Deutschland abzuhaltenen Kongreß die Bildung eines Weltbundes der pazifistischen Jugend in die Wege zu leiten.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstags wird Ende des Monats, voraussichtlich Donnerstag, den 26. August, vormittags 10 Uhr, Erklärungen der Reichsregierung über die Außenpolitik, insbesondere auch über die bevorstehende Tagung des Völkerbundes, entgegennehmen und besprechen. Die endgültige Wahl des Tages hängt noch von den Vorbereitungen der Reichsregierung für die Sitzung ab.

Dem bekannten völkischen Uglator Münchmeier auf Vorkum ist von dem zuständigen Landesminister nach seiner bereits erfolgten Suspendierung nunmehr auch der Titel Pfarrer a. D., der ihm seinerzeit im Gnadenwege zuerkannt war, entzogen worden. Münchmeier ging systematisch darauf aus, aus diesem Titel Kapital zu schlagen. Ein Pfarrer, auf den die anderen stolz sein können.

Otto May, der Propagandaleiter und Reklamedirektor der Hitlerpartei, hat seinen Austritt aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erklärt. In einer Presseerklärung kündigt er „gewissen Instanzen“ der Hitlerpartei den schärfsten Kampf an. Man weiß sehr viel über die Korruption in den Reihen seiner ehemaligen Freunde zu erzählen. Man darf also auf seinen schärfsten „Kampf“ gespannt sein.

Das höchste Durchkreuzungsum wird man künftig, gegen etwas erhöhte Gebühr, auch in den Haupt-Ordnungsstationen erhalten können, wenn man eine Fahrkarte in den folgenden Nachbarstaat hat. So hat Prag angeordnet; bis es Praxis wird, vergehen wohl noch etliche Tage.

Für Schmarren und Schmissel!

Von Hans Bauer.

Ich habe einen Freund, dem man bestimmt nicht den Vorwurf der Ungeistigkeit machen kann, und dieser Freund steht auf dem Standpunkt, daß es nichts Schöneres gebe auf der Welt als eine handfeste, ausgewachsene, massive Walgerei. Ich kann da meinem Freund nicht ganz beipflichten, aber ich begreife seine Ansicht als ein gesteigertes Lebensgefühl, das sich hin und wieder einmal in der Anspannung der Biexpele einen Auspuff verschaffen will.

Gegen solche Freude an der Drescherei, die sich natürlich immer nur an Leuten auswirkt, die es aus freiem Entschluß auch mit dem Rasen halten, ist solange nichts einzuwenden, als sie keine Philosophie und keine Moral um sich rankt, sondern sich bewußt bleibt, daß blaue Flecken und eingeschlagene Backzähne keine tiefere Bedeutung haben und nichts über geistige und seelische Zusammenhänge auslagern, solange also, als die ehrbare Kamperei nicht auf das Niveau des studentischen Zweikampfs hinabsinkt. Dann freilich steht's böß damit. So böß, daß das Leuherste eintritt, daß die völkische Reichstagsfraktion sich seiner annimmt. Sie hat einen Antrag aufgesetzt, der die augenblicklich ebenso verbotene wie tropfen ausgeübte Bestimmungsmensur außerhalb des Rahmens des Straßengesetzes stellt, „da ein Teil der akademischen Tradition in ihr enthalten sei“.

„Ein Teil“ ist gut gefagt. Für viele, zum Beispiel für den Magdeburger Mauthelmörder Schröder, der sich mit dem Rastermesser eine Schramme beibrachte, um den Ansehens des Akademikers zu erwecken, dürfte der Schmissel der Inbegriff der Qualitäten eines Hochschülers überhaupt bedeuten. In jedem Falle sagen die Völkischen gewiß nicht zu viel. Der Teil der Studentenschaft, den sie vertreten, und der etwa später einmal Richter werden möchte, erkennt fürwahr seine Pflicht darin, in jungen Jahren erst einmal die eignen Gesichter zu malträtieren, ehe man später der Berechtigung in ihres schlägt, er achtet die Gattelltheit höher als die Zurücklichkeit und trägt die Erstklassigkeit seines Ehrbegriffs in der zerstückelten Befrage vor aller Welt spazieren. Der Zweikampf mit seinen Anfechtungen an die persönliche Tapferkeit ist das physische Pendant zu dem moralischen Mut, den der völkische Student später einmal aufbringen muß, um der Welt seiner Feinde, also der seiner republikanischen Volksgenossen, ohne Furcht entgegenzutreten, einem Mut überlegen, der seine natürliche Grenze erst in der Ablehnung des Anfinnens erreicht, auf die Gehälter der Republik zu verzichten.

In diesem Sinne sei den Völkischen gegönnt, daß ihr Antrag Gesetz wird. Die älteren Schmarrenenträger dalieren ja zu einem gewissen Teile noch aus der romanischeren Vorkriegszeit des Studententums, da die Jugendbriquetts zu einer schlagenden Verbindung nicht unter allen Umständen den Wehrwolf-Beigeschmack wie in unseren Tagen trug. Heutzutage aber kann es gar nichts schaden, wenn

unsere Richter und Filmzensoren von morgen nicht anongm durch den Alltag schreiten, sondern uns durch den Stempel ihrer Schmarren nahelegen, ihnen auf der Straße mit unverhohlener Heiterkeit und in den Amtszimmern mit dreimal gepanzelter Vorsicht zu begegnen.

Der polnische Korridor.

Als Schneidemühl fährt der D-Zug nach Jasterburg durch den polnischen Korridor. Sämtliche Fenster des Zuges müssen während dieser Fahrt geschlossen werden. Die Luft wird stickig. Ab und zu ist es möglich, ein Fenster zu öffnen. Wenn dann der polnische Zollsoldat kommt, wird man auf polnisch aufgefordert, das Fenster wieder zu schließen. Alles fühlt sich geheimigt, und die politischen Gespräche beginnen. Wie das ist, weiß man, wenn man mit einem Oberlehrer im Abteil sitzt, der sich mit Kleinverkäuflichen im dunkelsten Dsprenchen beschäftigt. Vorläufig verbringt er aber seine Zeit damit, alle Mitreisenden zu einem Freiheitskrieg gegen die Polen aufzufordern. Wer nun die Absicht hat, dem einflaminten Oberlehrer nicht mehr zuzuhören und seinerseits auch auf eine Beteiligung an einem Freiheitskrieg verzichtet und gelangweilt durch die geschlossenen Fensterscheiben blickt, der sieht neben den Kornfeldern, auf denen im Sonnenbrand die Bauern arbeiten, den Wiesen, auf denen die Röhre und die Berde weiden, und den strahbedeckten Häusern, auf deren Giebel sich fast immer ein Storchennest befindet, vor allem Soldaten, die Sendboten eines jungen Militärstaates, der sich stark fühlt. Soldaten, überall Soldaten! In der Nähe von Thorn Militärflugzeuge über dem Zug. Ueber einem Reisfeld — auf dem Rekruten hin und her gejagt wurden — jing schwer und grau ein Hesselballon. Der Oberlehrer sah hinauf und erstarrte. . .

Auf allen Stationen wimmelt es von Soldaten und von unverhältnismäßig viel Offizieren. Junge Offiziere. Stolz, geprezt und mit vielen Orden. Große Säbel hängen ihnen von den Hüften. Und dann die Rekruten. Völlig in der Uniform. Junge, willenslose, von den Feldern und aus den Fabriken gerissene Menschen. Und dann kommen die Proleten ohne Uniform. Bläß, ausgegerrt und schlecht gekleidet. Das sind die, die immer im Hock stehen und die Käder treiben. Die do wenigste verdienen und das meiste für den Staat bezahlen, für den Militärstaat, für die Macht ihres Vaterlandes. Das ist in Polen jetzt so, wie es früher bei uns war, wie es mancher wieder haben möchte und — wie es nicht mehr kommen wird. . .

Die Säbel ralleln in Polen. Die jungen Männer werden eingezogen und die Offiziere mit Orden behangen. Stolz und hochmütig schreiten sie in schneidig zurechtgestutzten Uniformen auf den Bahnhöfen auf und ab. Damit sie jeder sieht. In Deutsch-Clau verläßt das polnische Personal den Zug. Die Fenster werden geöffnet. Frische Luft strömt herein. Der Oberlehrer lehnt zu einer neuen Rede an. Er hat nichts gelernt, trotzdem die Fahrt durch den polnischen Korridor so lehrreich ist. Vier Stunden durch ein militarisierendes Land fahren. . . Da sieht man viel! Die schmucken Soldaten! Und hinter ihnen das andere Heer: das Heer der ausgegerrten Schaffenden, die das Letzte hergeben müssen für eine glänzende Spielerei. Alfred Frißche.

Der Volksbühnenkonzern (Theater am Bülowplatz, Theater am Schiffsbauerdamm und, wenn auch in lockerem Zusammenhang, Thalia-Theater) hat für die nächste Spielzeit, sei es für ständig, sei es für Gastspiele, u. a. verpflichtet: Erwin Piscator, Victor Schwannecke, Agnes Strauß, Erka Reingold, Paula Bayer, Heinrich George, Al. Granach, Friedrich Kuchler, Leo Reuß, Alb. Steinrück, C. A. Achaz usw. Die Mitglieder der Volksbühne haben außerdem Gelegenheit, in den Vorstellungen des Schüler-Theaters und des Schauspielhauses am Gendarmenmarkt alle dort verpflichteten Kräfte (Lucie Höflich, Gerda Müller, Vina Vossen, Lucie Mannheim, Jürgen Fehling, Fritz Kortner, Erwin Heber, Karl Ebert, Jacob Ledige, Paul Bildt usw.) kennen zu lernen. Außerdem erhalten sie bekanntlich regelmäßig Vorstellungen der Staatsoper am Platz der Republik.

Ein Traumroman. Der Traum ist stets ein großer Befruhter der Dichtung gewesen, und Träume bilden schon in den ältesten Poesien ein wichtiges Element. Gottfried Keller legte sich sogar ein eigenes „Traumbuch“ an, aus dem wundervolle Visionen in seine Werke übergegangen sind. Er meinte, daß man aus dem, was jemand träumt, nicht nur sein Wesen, sondern auch seinen Wert und den Grad seiner Phantasie erkennen könne. Von Isolda Kurz und Friedrich Huch sind ganze Bücher veröffentlicht worden, die Aufzeichnungen ihrer Träume enthalten, und erst kürzlich ist von Schnitzler eine „Traumnovelle“ erschienen. Den ersten Traumroman aber hat Hans Brandenburg geschrieben, und dieses eigenartige Werk ist soeben bei H. Haessel in Leipzig herausgekommen. Durch die Forschungen Freuds ist ja die Bedeutung der Traumwelt für unser ganzes Seelenleben erkannt worden, und so ist es begreiflich, daß die Dichter diese Offenbarungen aus dem Reich des Unbewußten mehr beachten. In Brandenburgs Buch ist die Traumwelt ganz ausgeschaltet, und der ständige Figuren- und Bildertanz der Träume fügt sich zu einer bunten, phantastischen Handlung zusammen. Tänzer und Tänzerinnen, Freuden des Lebens und Qualen der Liebe, die Verückung des Rausches und der Alptrud der Verfehlung, Berlin und Rom — all das flutet in den Phantasieströmen des Traumromans mit Bilheshschnelle und anschaulicher Schärfe vorüber und ist in Worten gefaltet. In diesem Traumroman spielt sich um die eigentlichen Vorgänge die schöpferische und unerschöpfliche Ornamentik des Traums mit ihren Verschlingungen und Verkürzungen und läßt ihre bunten Fäden um Krieg und Revolution, um Großstadt und Reisen, um Kino und Radio spielen.

Die Raube des Schuhmanns. Einen Fall von persönlicher Raube eines Schuhmanns erzählt Michel Georges-Michel im „Tri de Paris“. Es war zu Anfang des Krieges, als ein Schuhmann einen Herrn einlieferte, den man beim Ausschreiben von Notizen erwischt hatte. Dieser Herr war Gabriele d'Annunzio. Nachdem er sich ausgewiesen hatte, wurde er mit vielen Entschuldigungen freigelassen und der Schuhmann befragt, ob er den berühmten Mann nicht gefannt habe. „Ach kannte ihn wohl“, sagte er, „aber ich wollte mich ein wenig an ihm rächen. Ich hatte nämlich eines Abends Dienst im Châtelet-Theater, und da mußte ich mir ein Stück von diesem Herrn d'Annunzio anhören. Seitdem bin ich ihm nicht grün.“

Pfänger als Opernbesitzer. Die Hans Pfanzer'sche Neubearbeitung der Waisensöhne Oper „Der Vampyr“ wurde lorden von der Intendant der Staatsoper in Berlin zur Aufführung erworben. Die Oper wird ferner an den Stadttheatern in Aachen, Offen und Rürnberg in der kommenden Spielzeit erstmalig in Szene gehen.

Spanischer Handel.

Tanger wird verlangt — der ständige Ratssitz genommen.

Paris, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ meldet, daß es sich bei der Forderung Bruns de Alarcos, Tanger dem spanischen Marokko einzuverleihen, nur um eine Kundgebung handele, über die man sich in London keiner Befürchtung hingeben. Spanien sei unzufrieden, daß man ihm kein Versprechen über einen ständigen Ratssitz im Völkerbund gegeben habe. Die spanische Regierung habe jetzt diese Forderung nach Tanger aufgeworfen und hoffe, gegebenenfalls durch einen Verzicht auf die Forderung, einen ständigen Ratssitz zu erhalten. Es sei klar zu erkennen, daß die Forderung Spaniens nach Tanger nur ein Erpressungsmanöver bedeute.

Der harmlose Vertrag mit Mussolini.

Rom, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Wortlaut des Italienisch-spanischen Vertrages ist jetzt veröffentlicht worden. Er entspricht im wesentlichen dem Italienisch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrag. Der Vertrag entspringt dem Wunsch der beiden Staaten, die zwischen ihnen bestehenden Freundschaftsbande zu befestigen und zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beizutragen. Er besteht aus 15 Artikeln und enthält im wesentlichen die üblichen Bestimmungen eines Schiedsgerichtsvertrages. Artikel 13 enthält die Neutralitätsklausel, die lautet: Wird einer der Vertragsparteien trotz seiner Haltung von einer dritten Macht angegriffen, so wird der andere Partner während der ganzen Dauer des Konflikts die Neutralität bewahren. Der Vertrag ist auf 10 Jahre abgeschlossen. Wenn nicht 6 Monate vor Verfall die Kündigung erfolgt, gilt er weitere 5 Jahre. In Artikel 1 verpflichtet sich die Vertragsparteien, die unter ihnen entstehenden Streitfälle jeglicher Natur einem Schiedsgerichtsverfahren zu unterbreiten, soweit diese Streitfälle nicht innerhalb einer angemessenen Frist auf diplomatischem Wege geregelt werden können. Falls das Schiedsgerichtsverfahren mißlingt, wird gemäß Artikel 7 und folgender der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag angerufen. Nach Artikel 3 sehen die beiden Vertragsparteien eine ständige Verhandlungskommission, bestehend aus 5 Mitgliedern, ein, von denen 2 Mitglieder von den Vertragsparteien ernannt werden, während die übrigen Bestimmungen beziehen sich auf die Tätigkeit dieser Verhandlungskommission.

Verhaftungen in Griechenland.

Der Pangalos nicht General nennt, wird bestraft.

Athen, 17. August. (Agence d'Athènes.) Der frühere Ministerpräsident Kanfandaris ist wegen eines Verfalls, aufrührerische Propaganda in die Armees hineinzuwerfen, verhaftet worden. Er hatte mehreren Korpskommandeuren (!) Schriften gesandt, in denen Volk und Heer zum Umsturz aufgefordert wurden. Die Veröffentlichung der Schriften wurde verboten. Gleichzeitig wurde der Bürgermeister von Piräus, Panagiotopoulos, verhaftet, weil er die Propaganda Kanfandaris' begünstigt hatte. Diese Maßnahmen wurden für nötig gehalten, um einen neuen Versuch, Unruhen hervorzurufen, zu vereiteln, nachdem die Bestrebungen, auf Kreta Unzufriedenheit zu säen, fehlschlagen waren. Sämtliche Korpskommandeure, denen Kanfandaris aufrührerische Schriften sandte, schickte diese der Regierung und gaben so einen Beweis ihrer vollkommenen Loyalität und Treue. — Der Redakteur der Zeitung „Hestia“, Achilles Krios, wurde vom Kriegsgericht zu einer Geldstrafe von 2000 Drachmen verurteilt, weil er es wiederholt unterlassen hatte, bei Erwähnung des Generals Pangalos dessen Titel zu nennen.

Die bulgarische Antwort.

Verprechungen.

Sofia, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Antwort der bulgarischen Regierung auf die Kollektionsnote der Balkanstaaten soll in den nächsten Tagen in Belgrad, Athen und Bukarest überreicht werden. Die Note drückt einleitend ihre Verwunderung über den Kollektionschritt aus, weil Griechenland und Rumänien einen tatsächlichen Anlaß zu einem Vorgehen gegen Bulgarien nicht gehabt hätten. In der Note wird dann weiter gesagt, daß für Bulgarien im Augenblick kein Anlaß bestehe, den Völkerbund anzurufen. Die bulgarische Regierung wünsche den Frieden auf dem Balkan und sei entschlossen, zur Beseitigung des Konfliktstoffes alles beizutragen. Den Ententestaaten soll eine Abschrift der bulgarischen Antwort zugestellt werden.

Da die Kollektionsnote nicht Antwort in bestimmter Frist verlangt, ist ihre so rasche Uebergabe zweifelhaft, zumal — wie wir hören — die Regierung erst das Botum des Parlaments einholen will. Möglicherweise soll durch Vorausmeldungen ersucht werden, wie viel oder — wenig Entgegenkommen man zeigen müsse. (Red. d. B.)

Ein bulgarisch-mazedonischer Vandalist festgenommen.

Sofia, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) In türkisch-Thrazien wurde der Anführer der Räuberbande festgenommen, die vor wenigen Tagen südlich von Zambol einen schweren Ueberfall verübte und zahlreiche Personen tötete. Der Häuptling ist bulgarischer Abstammung und ein berühmter Vandalistenführer. Die bulgarische Regierung hat seine Auslieferung beantragt.

Rumänische Arbeiterverfolgung.

Die Erdölarbeiter protestieren öffentlich.

Bukarest, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die linksstehende Presse veröffentlicht ein offenes Schreiben von 700 Mitgliedern der Erdölarbeitergewerkschaft an den Arbeitsminister, aus dem hervorgeht, daß die Polizeibehörden die Gewerkschaft dauernd schikanieren, obgleich sie regelmäßig funktioniert und vom Arbeitsminister anerkannt wurde. Auf der letzten Versammlung der Gewerkschaft, an der 1500 Mitglieder teilnahmen, wurde der Vorstand verhaftet, weil er sich geweigert hatte, auf Verlangen eines Polizeikommissars die Sitzung zu schließen. Auf das Drängen der Arbeiter sind alle Vorstandsmitglieder mit Ausnahme von drei freigelassen worden, die der Sicherheitspolizei der berechtigten Siguranza ausgeliefert wurden. Die Arbeiter verlangen vom Minister, daß die Verhafteten freigelassen werden.

Ruhe in Rußland.

Schuldung des polnischen Regierungsveterärs.

Warschau, 17. August. (WTA.) Der aus Moskau in Warschau eingetroffene polnische Vertreter bei der Sowjetregierung, Kenczyski, erklärte vor Vertretern der polnischen Presse, daß in Rußland vollkommen Ruhe herrsche. Was die Zustimmungen innerhalb der herrschenden Kreise anlangt, so seien sie nicht größer als in anderen Ländern.

Der Stobiersky-Kustanof. Der deutsch-russische Vertrag über den Austausch Stobierskys gegen vierzehn in Rußland verhaftete Reichsdeutsche wird Ende der Woche unterzeichnet.

Die Schlagbaumfärberei.

Gräu, Freund, ist alle Theorie — grau auch der Anstrich der Endstümpfe der Schlagbäume an den Wegeübergängen der Bahn. Wenigstens besagt eine Mitteilung der Reichseisenbahn, die sich über die Notwendigkeit, die Automobilisten gegen das Ueberfahrenwerden zu schützen, des längeren ausläßt. Danach wandelt sie alle Schlagbäume Deutschlands, die jetzt meist in den Farben des betreffenden Landes prunken, resp. ein ziemlich verstaubtes Dasein führen, in weiß-rote Stangen um, deren Endteil da, wo der Baum mit dem Scharnier des Drehapparates in Berührung kommt, grau gestrichen werden soll. Nach der Reinigung der Reichseisenbahn ist mit dieser Farbzusammenstellung durchaus vermieden, daß irgend jemand auf den Gedanken kommen kann, die Schlagbäume seien in den geliebten Farben schwarzweißrot gestrichen. Wer Studien in Schlagbaummalereien lehrreich angestellt hat, wird die Theorie der Reichsbahn etwas „grau-lich“ finden — der graue Endstumpf wird zum Pferdefuß des so wohl geformten Geißels. Denn in Grau gibt es so viele Nuancen wie schon das Beispiel der hell- und dunkelgrauen Efel beweist, daß es für sinnliche Köpfe leicht möglich ist, den Schein schwarzweißrot vorzutäuschen. Der Maler braucht nur seine schwarzweißroten Empfindungen im Farbenlopf einzurühren, und er zaubert ein Grau hervor, das bei nicht zu scharfen Hinsehen, namentlich bei der ersten und schnellen Betrachtung vom Abseitsfenster aus, als schwarz erscheint.

Also, verehrte Reichsbahn, lasse deinen Worten von der Ungefährlichkeit deines grauen Anstriches für die innere und äußere Politik auch die Tat folgen, daß du den Anstrich so hellgrau als möglich zu nehmen beabsichst, daß du ferner verbietest, den Endstumpf des Schlagbaumes so groß anzunehmen, daß die graue (schwarz scheinende) Farbe beinahe die Hälfte des Schlagbaumes bedeckt, und endlich auch verbietest, daß die Spitze des Schlagbaumes anders als weiß gestrichen wird.

Revolverattentat eines Studenten.

Familientagodie in der Landshuter Straße.

Eine Schießerei verursachte heute morgen im Hause Landshuter Straße 14 eine große Aufregung.

Hier wohnt im zweiten Stock seit vielen Jahren eine Rentiere Frau Stern. Als diese vor einiger Zeit eine Sommerreise antrat, auf der sie noch weilte, gab sie ihre Wohnung in die Obhut eines Herrn Barnoater aus Charlottenburg, einem älteren Manne. Ihm gab sie die Wohnung, ihren Sohn, einen 22 Jahre alten stud. phil. Kurt Stern nicht einzulassen. Als Barnoater heute morgen im Arbeitszimmer am Schreibtisch saß, erschien der Sohn, der von dem Verbot der Mutter Kenntnis hatte, dennoch, weil er wohl noch einen Schlüssel besaß. Barnoater machte ihn auf die Weisung seiner Mutter aufmerksam. Hierüber kam es zu einem heftigen Streit, in dessen Verlauf der Student einen Revolver zog und vier Schüsse auf seinen Gegner abgab. Alle vier trafen. Der Gefasene konnte sich trotzdem aufraffen und lief hysterisch auf den Flur hinaus. Hausgenossen eilten herbei und riefen auch die Polizei. Der junge Stern wurde festgenommen und der Schöneberger Kriminalpolizei zugeführt. Er verweigert bisher noch jede Aussage. Barnoater wurde, nachdem er die erste ärztliche Hilfe erhalten hatte, nach dem St. Moritzkrankenhaus gebracht. Er ist so schwer verletzt, daß er noch nicht näher vernommen werden konnte.

Ein Opfer studentischen Mensurunfugs.

Unter dieser Ueberschrift brachte der „Vorwärts“ kürzlich die Mitteilung, daß dem noch immer herrschenden studentischen Mensurunfug ein junges, blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen sei. Es ist überaus bedauerlich, daß der Geist der neuen Zeit nicht alle diese mittelalterlichen Sitten und Gebräuche an unseren Hochschulen hinweggeleitet hat. Das studentische Fechten ist weder als vernünftige Leibesübung, noch als „Sport“ zu bezeichnen. Das war im Auslande schon lange vor dem Kriege bekannt, und man brachte dort dem „deutschen“ studentischen Fechten nur ein „Schütteln des Kopfes“ und ein mitleidiges Lächeln entgegen. Bei uns verfehlen die „charakteristische Prim“ oder die flotte, über die ganze Wade laufende „Quart“ — Bistienarten akademischer Bildung — noch immer ihre Wirkung nicht, das wissen die Söhne der alma mater sehr gut und legen meist auf diesen in die Augen springenden „Stempel höherer Bildung“ mehr Gewicht, als auf wissenschaftliche Tiefe und ein gutes Examen. Der sportliche Charakter kommt bei diesem Fechten wenig oder gar nicht zum Ausdruck. Man will einen gewissen Mut der blauen Waise gegenüber anziehen und sieht hierin den Hauptwert. Die starren Formen des „Pau-Kommens“ lassen den hohen Wert der Fechtkunst als Körperübung kaum zur Geltung kommen. Von einem hygienischen Wert kann nur bedingt gesprochen werden. Wer Gelegenheit hatte, einen Pautboden zu besuchen, muß mir hierin voll beipflichten. Der Pautboden ist meist ein unfreundlicher, saalartiger Raum, rings herum sitzen rauchend und hiertrinkend die Studenten. Wüstes Geklappel, laute Kommandos erfüllen den Saal. Hier über einige junge „Füchse“ an einem „Pautboden“, dort stehen zwei „Pautanten“ in unförmiger Verpackung einander gegenüber: auf dem Kopfe eine riesige — meist festerste — Fuchshaut, Maste genannt, die mit einer viele Male durchschwippen, daher unhygienischen Flüssigkeit versehen ist. Sie tragen einen „Schläger“ in der Hand, der weder Hieb- noch Stoßwaffe ist. Stochsteil stehen sie da. Jedes „Führen“ ist verpönt und gilt als „Kneifen“. Nur der Arm, der den Schläger trägt, bewegt sich, faust in Augenhöhe. Die Hiebe werden lediglich aus dem Handgelenk geschlagen. „Auf „Fertig, los!“ schlagen beide Gegner gleichzeitig. Erwartet der Angriff gilt als „Lauern“ und ist sträflich verboten. Die Hiebe dürfen auch mit dem Arm, der stark bandagiert ist, anstatt nur mit der Klinge, pariert werden. Kann man hierbei etwa im Ernst von einer Ausbildung der Körpermuskulatur, geschweige von einer „Fechtkunst“ reden? Zur „Mensur“ treten die Studenten in gleicher Verwundung und Bandagierung an, wie auf dem „Pautboden“. Die Schläger sind an der Spitze etwa spannbreit gekürzt und die Raste fehlt. An ihre Stelle tritt die „Pautbrille“ zum Schutze der Augen und eine dicke Seidenbandage des Halses, so daß der „Pautant“ den Kopf kaum bewegen kann.

Ganz im Gegensatz zum studentischen sieht das sportliche Fechten, das in der Tat eine gute Körperübung ist. Mit dem Duell hat dieses Leibesübung nichts zu tun, und es ist wohl lediglich auf Unkenntnis zurückzuführen, daß nicht auch dieser Sport in weite Kreise verbreitet ist.

Trochsen-Großbetriebe.

Die „Innung vereinigter Trochsenbesitzer Groß-Berlin“ hatte am Montag zu einer Besichtigung des „Trochsenhauses“ Belle-Alliance-Str. 16 eingeladen. Die Innung zählt zurzeit etwa 2200 Mitglieder mit etwa 6000 Kraftwagen. In Reinickendorf besitzt sie eine Fachschule, einen Stellennachweis sowie eine Innungs-Krankenkasse. In der etwa 6000 angestellter Fahrer versichert sind. An diese Innung ist der „Verein der Krafttrochsenbesitzer“ angeschlossen und ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, der Träger der Haftpflicht und der Kaskoversicherung ist, in dem aber nur Mitglieder der Innung versichert sind. Weiterhin ist dem Betrieb eine Ein- und Verkaufsgesellschaft angeschlossen. Eine Neugründung stellt die Autouruf-Akt.-Ges. dar. Ende November d. J. werden etwa fünfzig Autouruf-Fahrer in Betrieb gesetzt. Die Innung im Zusammenhang mit den obengenannten sozialen und Wirtschaftseinrichtungen stellt einen Konzern dar, der mit 60—75 Millionen Mark Kapital in dieser Form das größte Trochsenunternehmen der Welt ist. Die Garage am Sackendamm hat 200 Bogen, in denen 350 Kraft-

wagen untergebracht werden können. Drei Tankstellen, die täglich 6000—7000 Liter Betriebsstoff umsetzen, sind an verschiedenen Stellen untergebracht. Jede dieser Tankanlagen enthält 30 000 Liter Betriebsstoff. In absehbarer Zeit sollen auf dem gleichen Gelände etwa 100 Wohnungen geschaffen werden. Eine weitere Großgarage befindet sich in Steglitz in der Körnerstraße. Hier stehen 250 Kraftwagen, zum Teil unter der Erde. Als letztes wurde der Halensee-Großgaragenpalast in Wilmersdorf besichtigt. Er wurde im Jahre 1925 fertiggestellt und kann rund 400 Wagen aufnehmen. Feuerlöscher-Berichtungen, Kompressoren zum Aufpumpen der Autoreifen sowie Ent- und Belüftungsanlagen entsprechen den Anforderungen der Jetztzeit. Die Baukosten dieser Garage betragen etwa 14 Millionen Goldmark. Auch hier ist beabsichtigt, auf die Vorderfront Wohnungen aufzustocken.

Die Eifersüchtigen.

Eine rachfühlige Witwe und ein Säuresprierer.

Die Rache wegen verknüppelter Liebe führte gestern gleich zu zwei Attentaten. Ein 40 Jahre alter Schuhmacher Emil P. aus der Riemhildstraße unterhielt längere Zeit ein Liebesverhältnis mit einer gleichaltrigen Witwe Marie R. aus der Köpplerstraße, das vor kurzem in die Brüche ging. Nachdem alle Versuche, ihn wieder zu gewinnen, fehlschlagen waren, beschloß die Verknüppelte, sich zu rächen. Zur Hilfe diente gewinn sie eine Freundin Elise K. aus der Kolonnenstraße. Weil sie wußte, wann der Schuhmacher auszugehen pflegte, so jagen beide Frauen gestern nachmittags auf Posten vor seiner Wohnung. Die eine stand unterhalb, die andere oberhalb des Treppenaufganges. Raum war P. herausgetreten, da rühten seine Gegnerinnen aus ihren Stellungen gegen ihn vor, warfen ihm Pfeiler in die Augen, so daß er vorübergehend geblendet war, schlugen ihn zu Boden und bearbeiteten ihn mit Fäusten und harten Gegenständen. Als Hausgenossen auf den Lärm und die hysterische Herbeileiten, lag er mit einer blutenden Kopfwunde mehrts da. Sie befreiten ihn von den Angreiferinnen und übergaben diese der Polizei. — Ein anderes Eifersüchtigenattentat wurde gestern abend im Komödientheater in der Friedrichstraße verübt. Eine Stenotypistin aus der Kumbacher Straße, die mit einer Freundin die Vorstellung besuchte, spürte in der Pause plötzlich einen brennenden Schmerz an der Wade und an beiden Füßen. Gleich darauf wurde ein junger Mann, ein Drogist Alfred H. aus der Göppener Straße, ebenfalls ein Theatergast, mit einem Fläschchen in der Hand getroffen und festgenommen. Aus diesem Fläschchen hatte er, wie er gestand, das Mädchen mit Oileum begossen. Wie er dazu gekommen sei, will er selbst nicht wissen. Er erbot sich, allen Schaden zu ersetzen, wurde aber vom 2. Revier der Kriminalpolizei übergeben.

Der Mann auf dem Sandelaber.

Einen großen Aufstand verursachte in der vergangenen Nacht der 27jährige Arbeiter Kurt Kürts aus der Prinzenstraße, der in angetrunkenem Zustande auf einen Lichtsandelaber des Potsdamer Platzes hinaufstuferte. Er mußte von der Feuerwehr heruntergeholt werden und wurde von der Polizei in Schutzhaft genommen.

Im Bett erstickt ist gestern nachmittags ein fünf Monate altes Kind in der Briher Str. 203 zu Reutlitz. Als die Mutter ausging, legte sie das Kleine in sein Bett. Bei ihrer Heimkehr fand sie es tot wieder. Es war unter dem Bettzeug erstickt.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Mittwoch 7 Uhr Geschäftsstelle: Turnratsitzung. — Sonnabend, 21. August, Stiftungsfest des Bezirks Norden III in der Bodbrauerei, Chausseestraße 64. Gutes Programm. Der Ueberflus wird zum Besten der Kinder verwandt.

Im Schacht eingeschlossen.

Opfer eines Pfeilerbruchs bei Laurahütte.

Laurahütte, 17. August. Auf dem Weiffelde 2 der Reichshütte bei Laurahütte ging gestern abend infolge Gebirgschlagens ein Pfeiler zu Bruch. Die an dem Pfeiler beschäftigten acht Mann wurden eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten setzten unter dem Steiger Leopold sofort ein. Ein Isoler, zwei Schermer und mehrere Leichtfortlechte konnten geborgen werden. Auch der Steiger Leopold erlitt schwere Verletzungen.

Sumpffiebererkrankungen bei Regensburg.

München, 16. August. Wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ aus Regensburg meldet, ist durch das langanhaltende Hochwasser der Donau, das die Wiesen und Felder in Moräste und Sümpfe verwandelt, auch im oberpfälzischen Donaugebiet von Regensburg abwärts eine neue Krankheit, das sogenannte Sumpffieber, entstanden. Die Krankheit tritt dort epidemisch auf und greift in starker Weise um sich. In Regensburg selbst sind nur wenige Krankheitsfälle bekannt geworden, dagegen herrscht das Sumpffieber in den Landgebieten der Donau sehr stark, daß nicht selten bis zu 50 Proz. der Bevölkerung der verschiedenen Gemeinden davon befallen sind. Teilweise hat die Epidemie sehr gefährliche Formen angenommen.

Ein Eisenbahnunglück verhütet.

Brüg l. B., 17. August. Ein Eisenbahnunglück konnte im letzten Augenblick auf der Strecke Brüg—Brag der holländischen Staatsbahn verhütet werden. Vor dem Eintreffen des Tepler Schnellzuges bemerkte das Bahnpersonal vom Postloshaus, daß sich der 11 Meter hohe Bahndamm vom Bahnviadukt ablöste und senkte. Der Zug war schon unterwegs und in einem abfallenden Einschmitt, doch konnte er zehn Meter vor der Dammsenkung zum Stehen gebracht werden. Die Reisenden konnten in einen Gegenzug steigen. Innerhalb einer halben Stunde hatte sich der Damms um 25 Meter um 5 Meter gesenkt, Schienen, Herzstücke hingen in der Luft. Die Wucht der Erdmassen war so stark, daß die doppelten Telegraphenstangen am Fuße des Damms erst wie Sägebügel gebogen und hernach aus dem Boden gerissen und ein Flußbett am Fuße des Damms gänzlich zusammengeschoben wurde. Der Zug, der die kleine Station durchfährt, wäre 11 Meter tief abgestürzt. Die Wiederherstellungsarbeiten werden 10 Tage dauern, der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Dieser Dammbruch dürfte, wie viele andere, auf die großen Regenmassen dieses Sommers zurückzuführen sein. Solche Bahngefährdungen sind so viele gemeldet worden, daß die Bahndirektion lehrreich bekanntgab, daß auf vielen Strecken der Fahrplan wegen Langsamfahren nicht mehr eingehalten werden könne.

Sturz eines Eisenbahnwagens durch ein Fabrikdach.

Bei der Entgleisung eines Vorortzuges der Long Island-Railroad kürzige, wie aus New York gemeldet wird, ein Wagen vom Bahndamm und fiel durch ein Fabrikdach. 6 Personen wurden getötet, mehrere verletzt.

Unfälle bei der Brückenweiche in Frankfurt a. M. Der Andrang der Menschenmassen bei der Brückenweiche in Frankfurt a. M. war so groß, daß 460 kleinere Unfälle sich ereigneten. Im Menschengewühl erfolgten auch auf der neuen Brücke zwei Geburten.

Eine schöne Ehe wurde vor der 14. Kammer des Seine-Tribunals in Paris geschieden. Die Scheidung erfolgte nach der Feststellung des Verschuldens der Frau, die die sechs Wochentage für ihre sechs Liebhaber verlor. Für jeden war ein Nachmittags in der Woche bestimmt. Am Sonntag ging sie zu ihren Eltern. In der Nacht vom Sonntag zum Montag maulte die Gattin ihr Bett mit Rampier ein, um so den Gatten aus dem Schlafzimmer zu verjagen. Alle diese unglücklichen Dinge sind durch Zeugen festgestellt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Was ist Hungerlohn?

Das Berliner Kaufmannsgericht, das sich kürzlich mit dieser Frage in einem konkreten Falle zu beschäftigen hatte, kam (einstimmig) zu der Entscheidung, daß ein Lohn von 60 Mark monatlich noch nicht als Hungerlohn angesehen werden könne. Um wieviel niedriger als 60 Mark monatlich müßte der Lohn noch sein, um von dem Kaufmannsgericht als Hungerlohn bezeichnet zu werden?

Ein Arbeitsgericht, das eine derart ungeheuerliche Entscheidung trifft, wäre moralisch verpflichtet, die aufgeworfene Frage nach dem Hungerlohn positiv zu beantworten. Wenn ein Kollegium von Unternehmern erklärte, 60 M. monatlich seien noch kein Hungerlohn, dann brauchte man dessen Deklaration nicht ernst zu nehmen oder man könnte sich mit diesen Gutachtern auseinandersetzen. Der Umstand aber, daß das Berliner Kaufmannsgericht ein solches Urteil abgegeben hat und zwar einstimmig, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeistand samt dem Magistratsrat Hermann als Vorsitzenden, der sich auf die Übereinstimmung zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeistand, berufen kann, gibt zu denken. Das Kaufmannsgericht war offenbar von der Richtigkeit seiner Auffassung überzeugt. Und gerade dies ist das Bedauerliche, das zur Erörterung der aufgeworfenen Frage geradezu herausfordert.

Den Gründen der klagenden Adressenschreiber, aus denen heraus sie ihre Entlassung als unbillig harte ansahen, die deshalb erfolgt war, weil sie sich weigerten, ihre Anstellungsverhältnisse mit 80 M. Monatsgehalt preiszugeben und als Affordagedhner unter wesentlich schlechteren Bedingungen weiterzuarbeiten, stellte das Gericht die von dem Unternehmer vorgebrachten Gründe der „Wirtschaftlichkeit“ gegenüber, indem es sich diese Gründe zu eigen machte.

Abgesehen davon, daß es sich in diesem Falle überhaupt nicht um Gründe der „Wirtschaftlichkeit“ handelt, sondern um Gründe der gegenseitigen Schwerkraftkonkurrenz der Adressenschreiber, zeigt sich hier in aller Deutlichkeit, in welchem Umfange es den Bemühungen der Unternehmerräte gelungen ist, das Schlagwort von der „Wirtschaftlichkeit“ einzubürgern.

Mit dem vagen Begriffe der „Wirtschaftlichkeit“ der Unternehmungen wird neuerdings bei allen Lohnverhandlungen operiert und in den meisten Fällen mit Erfolg. Von der Wirtschaftlichkeit im Haushalt der Arbeitnehmer dagegen ist nie die Rede. Dabei handelt es sich bei der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen um den mehr oder minder hohen Profit, bei der Wirtschaftlichkeit der Löhne aber um die Lebenshaltung der Arbeitnehmer, die je nach dem als Kaufkraft auf dem Warenmarkt in die Erscheinung tritt. Wie sieht es aber mit der Kaufkraft eines Monatslohns von 60 M. aus?

Ohne in grundsätzliche Erörterungen der Lohnfrage einzutreten, ist zu sagen, daß der Lohn die Kosten der Produktion und der Reproduktion der Arbeitskraft umfassen soll. Der Lohn muß, wenn er kein Hungerlohn sein soll, dazu ausreichen, um die notwendigen Lebenshaltungskosten bestreiten zu können, d. h. nicht nur die Aufwendungen für Kleidung, Nahrung, Wohnung, sondern auch für die unserem Kulturzustande entsprechenden geistigen Bedürfnisse. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die heutigen Durchschnittslöhne genügen, müßten solche Löhne, die wesentlich unter dem Durchschnitt liegen, als Hungerlöhne bezeichnet werden.

Bei der Lohnbemessung für die jugendlichen Arbeiter und Angestellten, insbesondere für die weiblichen, spekuliert das Unternehmertum darauf, daß diese jüngeren Arbeitskräfte von ihren Eltern ausgehalten werden. Bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, bei der rund 1.700.000 Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen sind, zeigt sich besonders deutlich, wie verwerflich diese Spekulation ist. Hungerlöhne können auch damit nicht entschuldigt werden, daß sie an jüngere Arbeitskräfte gezahlt werden, die im elterlichen Haushalt leben.

Wollten die Arbeitnehmer in Zeiten der Hochkonjunktur oder im Falle günstiger Prosperität ihres Betriebes sich mit ihren Lohnforderungen auf die „Wirtschaftlichkeit“ berufen, dann würde ihnen bedeutet werden, daß diese Wirtschaftlichkeit sie nichts angehe, es nicht ihre Sache sei; sie wollten ja auch das Risiko nicht tragen, das sie in Wirtschaftlichkeit in dieser oder jener Form zu tragen haben. Die „Wirtschaftlichkeit“ darf also auch nicht als fadenscheiniger Deckmantel für Hungerlöhne mißbraucht werden. Ein Hungerlohn bleibt deshalb doch ein Hungerlohn.

Wer behaupten wollte, ein Monatslohn oder Affordagedienst von 60 M. reiche auch nur zur Bestreitung der Kosten für Miete, Nahrungsmittel, für Wäsche, Kleidung, Fuhrzeug, für Fahrgeid, kurzum für das Allernotwendigste aus, müßte bei einiger Ueberlegung dazu kommen, daß diese Behauptung falsch ist und nur wider besseres Wissen erhoben werden kann. Da dies sicherlich nicht in der Absicht des Kaufmannsgerichts lag, bleibt nur die Feststellung übrig, daß seine Auffassung, ein Verdienst von 60 M. monatlich könne noch nicht als Hungerlohn angesehen werden, überaus leichtfertig und unüberlegt zustande gekommen ist. Das ist ein elender Hungerlohn, den die Adressenschreiber erhalten.

Das Washingtoner Arbeitszeitabkommen.

Ungünstige Aussichten für die Ratifikation.

Genf, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, befaßt sich in einem Artikel der Augustnummer der offiziellen Monatschrift des Internationalen Arbeitsamtes mit dem Achttundentag und stellt fest, daß die Aussichten für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens in der Zwischenzeit wieder ungünstiger geworden sind. Es sei nunmehr Sache des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die notwendige Initiative zu ergreifen.

Arbeiterkammerwahlen in Oberösterreich.

Die Mehrheit der freien Gewerkschaften.

Wien, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag haben in Oberösterreich die Wahlen für die Kammer der Arbeiter

und Angestellten stattgefunden. Gegenüber dem Jahre 1921 haben die freien Gewerkschaften einige Mandate verloren. Das Ergebnis zeigt aber, daß die freien Gewerkschaften sowohl bei den Arbeitern als bei den Angestellten selbst in dem schwarzen Land Oberösterreich die große Mehrheit haben. In der Sektion der Arbeiter erhielten die freien Gewerkschaften von 34000 Stimmen 27700, die christlichen Gewerkschaften 5200, die Deutschnationalen 1250. In der Angestelltensektion haben die freien Gewerkschaften von 5534 gültigen Stimmen 2557 erhalten, die christlichen Gewerkschaften 820, die Deutschnationalen 2100. Bei den Angestellten gelang es den freien Gewerkschaften, von 8000 Stimmen 6200 auf sich zu vereinigen.

Die Verhandlungen der Bergarbeiter.

London, 17. August. (E.P.) Die Verhandlungen der Delegierten der Bergarbeitergewerkschaften fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und werden heute, Dienstag, fortgesetzt. Sir Herbert Smith gab einen Überblick über die Lage und Coof nahm an der Debatte lebhaft Anteil. Soweit betanngeworden ist, haben die Verhandlungen ergeben, daß die Einigung doch nicht zu weit fortgeschritten ist, als daß die Schritte in ihrer Mehrheit bereit wären, die Vermittlungsoffiziere der Reichsregierung für Verhandlungen anzunehmen. Die finanzielle Lage der Bergarbeitergewerkschaften ist, wie auch vom „Daily Herald“ bestätigt wird, schon zu ernst geworden, als daß man Vorschläge annehmen könnte, die eine baldige Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der Regierung und den Grubenbesitzern nicht unbedingt sicherstellen. Hinzu kommt noch, daß die Stimmung der Arbeiter in den Gruben zu Befürchtungen in einem größeren Umfang Anlaß gibt, als bisher zugegeben wurde. Am Montagabend war es noch nicht gelungen, eine Resolution aufzustellen, die die Grundlage für eine neue Politik der Gewerkschaften bilden und allerseits annehmbar sein könnte.

Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt wieder, da über das Ergebnis nichtöffentlicher Verhandlungen nur die Verhandlungsleitung einen zureichenden Bericht geben kann.

Macdonald schreibt!

London, 17. August. (E.P.) Macdonald hat, dem Drängen seiner Freunde nachgebend, sich nun doch entschlossen, einen Brief an die amerikanische Arbeiterschaft zu schreiben, worin er schildert, daß unter den englischen Grubenarbeitern großes Elend herrscht. Er erklärt, daß die Grubenarbeiter von der Regierung viel zu geringe Unterstützung erhalten (?), um ihr Leben fristen zu können. Sie wären schon längst dem Hunger erlegen, wenn sie nicht von den befreundeten Arbeiterorganisationen des Auslandes unterstützt worden wären.

Englisch-russische Gewerkschaftsverhandlungen.

Moskau, 17. August. (W.Z.) Auf eine Anfrage von englischer Seite, betreffend Ort und Zeitpunkt des Zusammentritts des englisch-russischen Komitees, schlug der Zentralgewerkschaftsrat vor, das Komitee für den 20. August nach Berlin einzuberufen und die Frage einer Hilfsaktion für die englischen Bergarbeiter auf die Tagesordnung zu setzen.

Moskau und die Postinternationale.

Der Aufnahmeantrag abgelehnt.

Vor einiger Zeit fand zwischen den Vertretern des russischen Post- und Telegraphenpersonals Jaglom, dem Generalsekretär Karabanow und dem Vollzugsausschuß des I.P.T. eine Aussprache statt über den Antrag auf Aufnahme des russischen Verbandes.

Kollege Jaglom legte dem Vollzugsausschuß außer seiner Bitte um Aufnahme noch folgende vier offizielle Anträge seines Verbandes vor:

1. Gleichzeitige Aufnahme der Federation Postale Unitaire in Paris. (In Moskau angeschlossen.)
2. Unterstützung im Hinblick auf die Einberufung einer Konferenz zwischen dem Zentralrat der russischen Gewerkschaften und dem Internationalen Gewerkschaftsbund.
3. Unterstützung der im Kampfe befindlichen englischen Bergarbeiter.
4. Reise einer offiziellen Delegation der I.P.T. nach Rußland mit eigenem Uebersetzer.

Der Vollzugsausschuß kam zu folgendem Ergebnis:

Da der Vollzugsausschuß einen einstimmigen Beschluß nicht erzielen konnte, andererseits eine Majorisierung innerhalb des Vollzugsausschusses in irgendeiner Richtung unangebracht wäre, beschließt der Vollzugsausschuß, diese Frage dem Kongreß von Paris zur allfälligen Behandlung oder Beschlussfassung zu überlassen.

Die Frage soll nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gestellt werden, sondern wie auf dem Wiener Kongreß einen Teil des Berichtes des Sekretärs bilden. Der Vollzugsausschuß wird, um seine Geschlossenheit zu wahren, an der allfälligen Debatte zu dieser Frage nicht teilnehmen.

Was die übrigen vier Anträge des Kollegen Jaglom anlangt, so stellt der Vollzugsausschuß zunächst fest, daß Anträge von nicht angeschlossenen Organisationen nicht statthaft sind. Im einzelnen teilt der Präsident zu diesen Anträgen mit:

1. Die Aufnahme der Federation Postale Unitaire ist vom Kongreß in Wien abgelehnt worden. Eine Aufnahme dieser Organisation kommt nicht in Betracht.
2. Die angestrebte Konferenz zwischen dem Zentralrat der russischen Gewerkschaften einerseits und dem Internationalen Gewerkschaftsbund von Amsterdam andererseits liegt außerhalb des Wirkungsbereiches der I.P.T. Eine Einflußnahme wäre unumgänglich.
3. Die Unterstützung der englischen Bergarbeiter erfolgt regelmäßig auf dem Wege über die Landeszentralen. Diese Methode der Unterstützung soll von uns nicht getrennt werden.
4. Die Einladung wird vom Vollzugsausschuß in einem günstigeren Augenblick, jedenfalls erst nach dem Kongreß von Paris, ins Auge gefaßt werden.

Kollege Jaglom erklärte, von den erteilten Antworten nicht befriedigt zu sein. Seine offizielle Antwort stellte er in Aussicht.

Wirtschaft

Zur Finanzierung des Traktorenabsatzes.

Bei der Landwirtschaft besteht schon seit Jahren der Wunsch, die Verwendung motorischer Kraft im Dienste ihrer Produktion zu verwerthen. Die deutsche Traktorenindustrie war aber infolge des Krieges technisch soweit im Rückstande, daß die Beförderung nicht unbegründet war, die technisch sehr gut entwickelte amerikanische Industrie werde den deutschen Markt mit ihren Erzeugnissen überfluten und der deutschen Industrie die Absatzmöglichkeit nehmen. Fords Traktor war nach dem Kriege das Fabrikat, das in der deutschen Landwirtschaft einen sehr starken Abnehmerkreis gefunden hat. Bei dieser Sachlage hielt es zu Beginn der Stabilisierung die Reichsregierung, wie erinnerlich, für notwendig, die Interessenten am Traktorengeschäft, Landwirtschaft, Banken und Industrie zusammenzuführen, um mit Hilfe von Kredit es zu ermöglichen, daß die technische Rückständigkeit der deutschen Traktorenindustrie beseitigt würde. Die technische Wissenschaft hatte sehr wertvolle Vorschläge in dieser Richtung hin geleistet, und es war nur nötig, die mannigfachen Konstruktionsversuche praktisch zu erproben und dann ihre industrielle und geschäftliche Auswertung vorzunehmen. Das sollte geschehen, indem die Banken einen Kredit von 15 Millionen den Landwirtschaftsmaschinen bauenden Firmen zur Verfügung stellten, indem sie von den Firmen bis Januar 1926 laufende Wechsel in Zahlung nahmen. Als 1925 die Einlösung der Wechsel unmöglich machte, wurde im Januar eine Prolongation der Wechsel, für die nicht Zahlung einging, vorgenommen.

Gleichzeitig aber leitete die Reichsregierung eine neue Kreditaktion ein, und zwar gab diesmal, nachdem der Reichstag seine Zustimmung erteilt hatte, das Reich selbst einen Anfordungskredit von 6 Millionen Mark als Betriebsmittel für die Traktorenbauenden Firmen. Unabhängig von diesen Kreditationen ist eine Finanzierungsgesellschaft für Landkraftmaschinen ins Leben gerufen worden, die jetzt ihre Tätigkeit begonnen hat. Diese Gesellschaft soll die Finanzierung eines Absatzgeschäftes in Traktoren ermöglichen. Die Landwirte können Maschinen mit einer Anzahlung von 20 Proz. erwerben. Die Rückzahlung der Restschuld, über die der Landwirt Wechsel gibt, wird auf zwei Ernten verteilt. An Zinsen sind für die gestundeten Beträge zu zahlen bis zur Dauer von 3 Monaten 6 1/2 Proz. pro Jahr, bis zu 6 Monaten 7 Proz., darüber hinaus 8 Proz.

Das Reich hat hier eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 20 Proz. oder 16 Proz. des Rechnungsbetrages übernommen.

Produktionsumstellung bei der Königshütte. Nach der Teilung Oberschlesiens wurden die Teile der Vereinigten Königs- und Laurahütte, die nach Polen gekommen waren, in eine mit einem Aktienkapital von 50 Millionen Mark ausgestattete gemischtwirtschaftliche Gesellschaft, die Gornostrojny Zjednoczone Hutni Krolewski Laura eingebracht. Mit etwa 25 Proz. ist der polnische Staat an dieser Aktiengesellschaft beteiligt. Die Königshütte beabsichtigt jetzt, ein Werk zur Herstellung von Straßenbahnwagen zu errichten. Aus diesem Werke will man in Zukunft den Bedarf Polens an Straßenbahnwagen, der bisher aus dem Auslande gedeckt wurde, decken.

Ein Delgeschick mit politischen Folgen. Uns wird geschrieben: In England ist kürzlich die Gründung der „Independent Oil Distribution Company“ (Unabhängige Oelvertriebsgesellschaft) erfolgt. Die Gründung geht von der „Russian Oil Products Limited“ aus, die bezweckt, russisches Benzin in einer Reihe von englischen Grafschaften im Kleinverkauf zu vertreiben. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 100.000 Pfund. Die Aktien befinden sich in den Händen der Arcos Ltd. und des allrussischen Naphthoindikats. Die Gründung ist wirtschaftlich und auch politisch von größter Bedeutung und hat bereits jetzt schon in England zu schweren Auseinandersetzungen geführt. In dem Ausschussrat der neuen Gesellschaft sitzen mehrere konservative Abgeordnete. Ihnen wird vorgeworfen, daß die unter ihrer Mithilfe von der „Independent Oil Distribution Company“ vertriebenen Waren englisches Eigentum sei, das von den Bolschewisten geraubt worden ist. Diese Auffassung hat sich der englische Verband russischer Gläubiger bereits zu eigen gemacht. Selbstverständlich ist, daß die Aktionäre der Independent Oil Distribution Company auf den ihnen winkenden Profit nicht verzichten wollen und so scheint es zu einer Auseinandersetzung zu kommen, die für die russischen Vorkriegsschulden an England allgemeine Bedeutung erhalten dürfte.

Russische Aufträge. Die Kreditgarantie des Reiches hat schon eine Anzahl von russischen Aufträgen für die deutsche Industrie ermöglicht. Der russische Delkreuz hat dem Deutschen Röhrensyndikat die Lieferung von Bohrgeräten und Ausrüstungsstücken im Werte von 5 Millionen Mark und von Bohrrohren für 5 Millionen Mark in Auftrag gegeben. Außerdem ist deutschen Firmen der Bau einer Kokerie für eine Grube im Dongebiet und der Firma Ferd. Gröpel K.G. in Bochum die Errichtung einer Kohlenfabrik und Wäscherei übertragen. Die Finanzierung erfolgt im Wege des Russenkredits.

Die Umgestaltung des belgischen Telefon- und Telegraphendienstes. Der größte Teil des belgischen Telefon- und Telegraphendienstes wird unter der Firma Societe nationale des telegraphes et telephones belges zu einem gemischt wirtschaftlichen Betriebe umgestaltet werden. Das Kapital der Gesellschaft wird aus 1,5 Millionen Fr. Vorkursanteilen bestehen, die dem Publikum angeboten werden und aus 300 Millionen Fr. gewöhnlichen Anteilen, die der Staat übernimmt. Gleichzeitig soll eine Modernisierung und Erweiterung des Gesamtbetriebes erfolgen. Die Arbeiten sollen bekannten deutschen Elektrizitätsfirmen auf Reparationskonto übertragen werden.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Seget; Wirtschaft: Klaus Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Götter; Fremdwörter: Dr. John Schifano; Leses und Sonstiges: Fritz Kerkhdt; Anzeigen: H. Gode; Familien in Berlin: Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H.; Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

HUNDE
Katz, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Kohlensäurereiches Thermal-Solbad und Inhalatorium
BAD SALZUFLEN
Lippe, Teutoburger-Wald.
Kurzeit: März-November
1925: 23662
Kurgäste
Tägliche Konzerte
Mineralpastillen in Apotheken u. Drogerien.
Auskunft durch Lipp. Badeverwaltung,
Reise- und Verkehrsbüros

Mieten Sie von uns
Wäsche-Rollen, Waschmaschinen, Besuch-Stühle, Körper jeder Art, Garkocher, Gasherde, Brau-Böden, Schränke, Sitze, Säuge, Lampen, in 6 Monaten Ihr Eigentum
Man verlange Sonderprospekt!
PRADDATZ & Co
Berlin W. 60, Leipzigerstr. 122-123

Adolf Hoffmann
Knorke
Schulmoreske mit Illustrationen von Will Steinert
Preis 50 Pfg. / Porto 5 Pfg.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part. Nähe Hackescher Markt
Zahlungsverleicherung
Telephon: Alexander 4112

Les Bücher: Wissen mit Macht
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H. Lindenstraße 2.